

Der gegenwärtige Wirkungsbereich der Europäischen Menschenrechtskonvention und ihrer Zusatzprotokolle, der Konvention zur Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung sowie der Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen*)

A. Die Europäische Menschenrechtskonvention und ihre Zusatzprotokolle Nr. 1 und Nr. 4¹⁾

Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (MRK) ist nach Hinterlegung der zehnten Ratifikationsurkunde am 3. September 1953 in Kraft getreten²⁾. Die Konvention wird ergänzt durch fünf³⁾ Zusatzprotokolle, von denen die Protokolle Nr. 1 (ZP Nr. 1) und Nr. 4 (ZP Nr. 4) den Kreis der unter der Konvention geschützten Rechte und Freiheiten erweitern⁴⁾. Neben der Kon-

*) Der Verfasser, Herbert Petzold, Dr. iur., ist Beamter in der Kanzlei des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Europarat, Straßburg. — Für den Beitrag zeichnet allein der Verfasser verantwortlich.

¹⁾ Vgl. die früheren Berichte von Morvay, ZaöRV Bd. 20 (1959/60), S. 633—635; und Walter, ZaöRV Bd. 26 (1966), S. 352—370.

²⁾ Deutsche Übersetzung in BGBl. 1952 II, S. 686 ff., 953; Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Bd. 2, Nr. 42 a.

³⁾ Das 2. Zusatzprotokoll vom 6. 5. 1963 gibt dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte die Möglichkeit, auf Antrag des Ministerkomitees Rechtsgutachten zu Fragen der Auslegung der Konvention zu erstellen. — Das 3. Zusatzprotokoll, ebenfalls vom 6. 5. 1963, ändert die Art. 29, 30 und 34 MRK. — Das 5. Zusatzprotokoll vom 20. 1. 1966 ergänzt die Art. 22 und 40 MRK. — Diese drei Protokolle treten in Kraft, sobald sie von sämtlichen Vertragsstaaten der Konvention ratifiziert worden sind. Von diesen haben noch nicht ratifiziert: (a) das 2. und 3. Zusatzprotokoll: Belgien und Griechenland; (b) das 5. Zusatzprotokoll: Belgien, Griechenland, die Niederlande und die Türkei.

⁴⁾ Das 1. Zusatzprotokoll: Recht auf Eigentum (Art. 1); Recht auf Erziehung (Art. 2); Verpflichtung der Staaten auf Veranstaltung freier und geheimer Wahlen in angemessenen Zeitabständen (Art. 3). — Das 4. Zusatzprotokoll: Verbot der

vention sind bisher nur diese beiden Verträge in Kraft: das 1. Zusatzprotokoll nach Hinterlegung der zehnten Ratifikationsurkunde seit dem 18. Mai 1954, das 4. Zusatzprotokoll nach Hinterlegung der fünften Ratifikationsurkunde seit dem 2. Mai 1968.

I. Territorialer Geltungsbereich

1. Die Vertragsstaaten

Die Europäische Menschenrechtskonvention steht nur den Mitgliedern des Europarates zum Beitritt offen (Art. 66 MRK). Da die materiellen Bestimmungen der Protokolle Nr. 1 und Nr. 4 als Zusatzartikel zur Konvention gelten und deren sämtliche Vorschriften anzuwenden sind (Art. 5 ZP Nr. 1; Art. 6 ZP Nr. 4), können diese beiden Protokolle naturgemäß nur von jenen Mitgliedern des Europarates übernommen werden, die zu den Vertragsstaaten der Konvention selbst zählen (Art. 6 Abs. 1 ZP Nr. 1; Art. 7 Abs. 4 ZP Nr. 4). Da die Zusatzprotokolle Nr. 1 und Nr. 4 anders als die Protokolle Nr. 2, 3 und 5 die Konvention nicht mit Wirkung *erga omnes* verändern, sondern sie lediglich in ihrem Bestand an garantierten Rechten erweitern, bedurfte es andererseits zum Inkrafttreten dieser Protokolle nicht der Ratifizierung durch sämtliche Vertragsstaaten der Konvention⁵⁾.

a) Die Konvention und das 1. Zusatzprotokoll

Mit Ausnahme Frankreichs und der Schweiz haben alle Mitglieder des Europarates die Konvention und das 1. Zusatzprotokoll ratifiziert. Diese beiden Verträge sind also zurzeit verbindlich für: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Griechenland⁶⁾, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta⁷⁾, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Türkei und Zypern.

aa) Der Beitritt Maltas

Malta, das am 21. September 1964 unabhängig geworden war, trat am

Inhaftierung wegen Nichterfüllung einer Vertragsschuld (Art. 1); Recht auf Freizügigkeit (Art. 2); Verbot der Ausweisung von Staatsangehörigen (Art. 3) und der Kollektivausweisung von Ausländern (Art. 4). — Deutsche Übersetzungen: 1. Zusatzprotokoll: BGBl. 1956 II, S. 1879; Sartorius, Nr. 42 c; 4. Zusatzprotokoll: BGBl. 1968 II, S. 422.

⁵⁾ Siehe Eissen, *Jurisprudence de la Commission européenne des Droits de l'Homme, Décisions en matière de compétence ratione temporis*, in: *Annuaire français de Droit international* 1963, S. 722, Anm. 2. — Siehe auch Anm. 3 oben S. 400.

⁶⁾ Siehe dazu unten S. 403—405.

⁷⁾ Siehe dazu unten S. 401—403.

29. April 1965 als 18. und damit jüngster Mitgliedstaat dem Europarat bei. Am 23. Januar 1967 ratifizierte es die Menschenrechtskonvention zusammen mit den Protokollen Nr. 1, 2, 3 und 5. Die Konvention selbst hatte in Malta allerdings schon früher gegolten: Großbritannien, das bis zur Unabhängigkeit Malτας für dessen internationale Beziehungen verantwortlich gewesen war, hatte am 23. Oktober 1953 in einer Erklärung gemäß Art. 63 der Konvention deren Anwendung unter anderem auch auf das Gebiet von Malta erstreckt⁸⁾.

Bei Unterzeichnung der Konvention und des 1. Zusatzprotokolls am 12. Dezember 1966 machte die Regierung von Malta in Anwendung des Art. 64 MRK drei Vorbehalte:

i) hinsichtlich der Anwendung von Art. 10 MRK⁹⁾ erklärte die Regierung, die Verfassung von Malta gestatte, die Beamten in ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Beschränkungen zu unterwerfen, wie sie in einer demokratischen Gesellschaft billigerweise zu rechtfertigen sind. Die für die Beamten von Malta gültigen Verhaltensvorschriften untersagten es ihnen, an politischen Diskussionen oder an anderen politischen Betätigungen während der Bürozeit oder in Amtsräumen aktiv teilzunehmen;

ii) den zweiten Vorbehalt machte die Regierung zu Art. 2 Abs. 2 (a) MRK¹⁰⁾, indem sie erklärte, der in jener Bestimmung anerkannte Grundsatz der rechtfertigenden Notwehr gelte in Malta auch zur Verteidigung von Eigentum gemäß § 238 Abs. (a) und (b) des Maltesischen StGB;

iii) der dritte Vorbehalt schließlich bezieht sich auf Art. 2 Satz 2 ZP

⁸⁾ Siehe *Annuaire de la Convention européenne des Droits de l'Homme (Annuaire)*, Bd. 1, S. 46—47; *Annuaire*, Bd. 9, S. 21—22. — Zur Frage, ob unter diesen Umständen eine Beitrittserklärung Malτας nach Art. 66 MRK erforderlich war, siehe E I S S E N, *The independence of Malta and the European Convention on Human Rights*, in: *The British Yearbook of International Law*, Bd. 41 (1965/66), S. 401—410.

⁹⁾ A r t . 1 0 M R K : «1. Toute personne a droit à la liberté d'expression. Ce droit comprend la liberté d'opinion et la liberté de recevoir ou de communiquer des informations ou des idées sans qu'il puisse y avoir ingérence d'autorités publiques et sans considération de frontière. Le présent article n'empêche pas les Etats de soumettre les entreprises de radio-diffusion, de cinéma ou de télévision à un régime d'autorisations.

2. L'exercice de ces libertés comportant des devoirs et des responsabilités peut être soumis à certaines formalités, conditions, restrictions ou sanctions, prévues par la loi, qui constituent des mesures nécessaires, dans une société démocratique, à la sécurité nationale, à l'intégrité territoriale ou à la sûreté publique, à la défense de l'ordre et à la prévention du crime, à la protection de la santé ou de la morale, à la protection de la réputation ou des droits d'autrui, pour empêcher la divulgation d'informations confidentielles ou pour garantir l'autorité et l'impartialité du pouvoir judiciaire».

¹⁰⁾ A r t . 2 A b s . 2 (a) M R K : «La mort n'est pas considérée comme infligée en violation de cet article dans les cas où elle résulterait d'un recours à la force rendu absolument nécessaire:

a) pour assurer la défense de toute personne contre la violence illégale;».

Nr. 1¹¹⁾: die Regierung erklärte, angesichts des Umstandes, daß die Bevölkerung von Malta überwiegend römisch-katholisch ist, den in Art. 2 Satz 2 ZP Nr. 1 zum Ausdruck gebrachten Grundsatz nur insoweit zu übernehmen, als er vereinbar sei mit der Notwendigkeit, einen leistungsfähigen Unterricht und eine ebensolche Ausbildung zu vermitteln und unverhältnismäßige öffentliche Ausgaben zu vermeiden.

Darüber hinaus hat die Regierung von Malta erklärt, Art. 6 Abs. 2 MRK¹²⁾, wie sie ihn auslege, schließe nicht aus, daß ein einzelnes Gesetz einer nach ihm angeklagten Person die Beweislast für einzelne Tatsachen auferlege¹³⁾.

bb) Die Kündigung der Konvention und des 1. Zusatzprotokolls durch die griechische Regierung

Am 12. Dezember 1969 erklärte die griechische Regierung den Austritt Griechenlands aus dem Europarat¹⁴⁾. Mit Verbalnote an den Generalsekretär des Europarates vom selben Tage kündigte sie gemäß Art. 65 MRK auch die Menschenrechtskonvention und das 1. Zusatzprotokoll¹⁵⁾. Beide Schritte der griechischen Regierung sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund des von Dänemark, Norwegen, Schweden und den Niederlanden ange strengten Beschwerdeverfahrens vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte zu sehen¹⁶⁾.

In ihrer Begründung für die Kündigung der Konvention erklärte die griechische Regierung unter anderem, das Rechtsschutzsystem der Konvention habe sein Ziel nicht erreicht, es habe sich unter dem Einfluß politischer Erwägungen als unfähig erwiesen, wirksam und unparteiisch die Einhaltung der Konventionsbestimmungen zu überwachen. Der Kommission warf die Regierung insbesondere vor, in zahlreichen Fällen gegen das in der Konvention eingerichtete Verfahren, gegen allgemeine Rechtsgrundsätze und gegen ihre eigene Verfahrensordnung verstoßen zu haben sowie in ihrer Arbeit

¹¹⁾ Art. 2 Satz 2 ZP Nr. 1: «... L'Etat, dans l'exercice des fonctions qu'il assumera dans le domaine de l'éducation et de l'enseignement, respectera le droit des parents d'assurer cette éducation et cet enseignement conformément à leurs convictions religieuses et philosophiques».

¹²⁾ Art. 6 Abs. 2 MRK: «Toute personne accusée d'une infraction est présumée innocente jusqu'à ce que sa culpabilité ait été légalement établie».

¹³⁾ Siehe die im Anhang I abgedruckten Originaltexte.

¹⁴⁾ Siehe Assemblée Consultative, Doc. 2695, Addendum (Rapport Statutaire, Addendum à la Communication sur les activités du Comité des Ministres, 7 janvier 1970 — 26 janvier 1970), S. 17—20, sowie den im Anhang II abgedruckten französischen Text.

¹⁵⁾ Siehe Assemblée Consultative, Doc. 2695, Addendum, S. 21—24, sowie den im Anhang III abgedruckten französischen Text.

¹⁶⁾ Siehe dazu unten S. 404, Anm. 21.

nicht von rechtlichen, sondern allein von politischen Erwägungen geleitet gewesen zu sein.

In seiner Antwortnote vom 17. Dezember 1969 hat der Generalsekretär diese Vorwürfe mit Nachdruck zurückgewiesen¹⁷⁾. In gleichem Sinne hat der derzeitige Präsident des Ministerkomitees, der luxemburgische Außenminister Gaston Thorn, vor der Beratenden Versammlung am 29. Januar 1970 erklärt, das Ministerkomitee sei sich der grundsätzlichen Bedeutung der Menschenrechtskonvention für den Europarat und die Europäische Rechtsordnung bewußt und unterstreiche ausdrücklich sein Vertrauen in das Rechtsschutzsystem der Konvention sowie in die Kompetenz und die Unparteilichkeit ihrer Organe und derer, die ihnen dienen¹⁸⁾.

Während Griechenland aus dem Europarat gemäß Art. 7 des Statuts *de iure*¹⁹⁾ erst am 31. Dezember 1970 ausscheidet, wird die Kündigung der Konvention und ihres Zusatzprotokolls nach Art. 65 Abs. 1 MRK bereits nach Ablauf von sechs Monaten, also am 13. Juni 1970 wirksam²⁰⁾. Die Kündigung hat allerdings gemäß Art. 65 Abs. 2 nicht zur Folge, daß Griechenland in Bezug auf irgendeine Handlung, die eine Verletzung der Konvention darstellen könnte und vor dem 13. Juni 1970 vorgenommen wurde, von seinen Verpflichtungen aus der Konvention freigestellt wäre. Dementsprechend ist auch das von den drei skandinavischen Staaten und den Niederlanden bei der Kommission anhängig gemachte Beschwerdeverfahren gegen Griechenland zu Ende zu führen²¹⁾.

¹⁷⁾ Siehe Assemblée Consultative, Doc. 2695, Addendum, S. 26—27, sowie den im Anhang IV abgedruckten französischen Text.

¹⁸⁾ Siehe Doc. AS (21) CR 26, S. 160—161.

¹⁹⁾ *De facto* ist nach Auffassung des Ministerkomitees das Recht Griechenlands auf Vertretung seit dem 12. 12. 1969 ausgesetzt, so daß es an den Arbeiten des Europarates nicht mehr teilnehmen kann: siehe die Erklärung des luxemburgischen Außenministers Gaston Thorn vor der Beratenden Versammlung am 29. 1. 1970, Doc. AS (21) CR 26, S. 160—161, sowie die im Anhang V abgedruckte Resolution (69) 51 des Ministerkomitees.

²⁰⁾ Hätte Griechenland die Konvention nicht ausdrücklich gekündigt, wäre es gemäß Art. 65 Abs. 3 MRK auch aus der Konvention erst zu dem Zeitpunkt ausgeschieden, zu dem es aus dem Europarat ausscheidet.

²¹⁾ Dem sog. *Griechenland-Fall* liegen vier Beschwerden zu Grunde, und zwar je eine Beschwerde Dänemarks (Nr. 3321/67), Norwegens (Nr. 3322/67), Schwedens (Nr. 3323/67) und der Niederlande (Nr. 3344/67). In ihren ersten Beschwerdeschriften behaupteten die beschwerdeführenden Staaten Verletzung der Art. 5, 6, 8, 9, 10, 11, 13, 14 und 15 MRK durch die griechische Regierung. Insoweit wurden die Beschwerden von der Kommission am 24. 1. 1968 für zulässig erklärt (siehe *Recueil de décisions*, Bd. 25, S. 92 ff.). Die drei skandinavischen Staaten erweiterten ihre Beschwerden im März 1968, indem sie der griechischen Regierung nun außerdem Verletzung der Art. 3 und 7 MRK sowie der Art. 1 und 3 ZP Nr. 1 vorwarfen. Am 31. 5. 1968 erklärte die Kommission auch diese neuen Beschwerdepunkte für zulässig (siehe *Recueil* Bd. 26, S. 80 ff.). Nach Durchführung eines ausgedehnten Beweisverfahrens hat die Kommission im Anschluß an den vergeblichen Versuch einer güt-

Schwieriger ist die Frage nach den Auswirkungen der Kündigung auf die Zusammensetzung von Kommission und Gerichtshof. Hier wird es auf eine Abwägung der Bestimmungen über die Anzahl der Kommissionsmitglieder und der Richter (Art. 20 und 38 MRK) gegen jene Vorschriften ankommen, die die Länge ihrer Mandate (Art. 22 und 40 MRK) und die Unabhängigkeit ihrer Stellungen (Art. 23 und 39 MRK) regeln. Wann immer die betroffenen Mitglieder aus Kommission und Gerichtshof ausscheiden, sicherlich dürften sie auch weiterhin in den Fällen tätig bleiben, mit denen sie bereits befaßt waren. Insofern scheint eine analoge Anwendung der Art. 22 Abs. 4 und 40 Abs. 4 Satz 2 MRK geboten²²⁾.

b) Das 4. Zusatzprotokoll

Das 4. Zusatzprotokoll ist bisher lediglich von der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Irland, Island, Luxemburg, Norwegen, Österreich und Schweden ratifiziert worden. Belgien, Großbritannien, Italien und die Niederlande haben es inzwischen unterzeichnet.

lichen Regelung den nach Art. 31 MRK vorgesehenen Bericht erstellt, in dem sie die Auffassung äußert, daß die gesetzgeberischen Maßnahmen und die Verwaltungspraktiken der griechischen Regierung die Art. 5, 6, 8, 9, 10, 11, 13 und 14 MRK sowie Art. 3 ZP Nr. 1 verletzt haben und nicht nach Art. 15 MRK gerechtfertigt waren oder seien. Weiter habe die griechische Regierung Art. 3 MRK verletzt, nicht aber Art. 7 MRK und Art. 1 ZP Nr. 1.

Diesen Bericht leitete die Kommission am 18. 2. 1969 zusammen mit verschiedenen Vorschlägen (Art. 31 Abs. 3 MRK) dem Ministerkomitee zu. Da der Fall nicht dem Gerichtshof vorgelegt wurde — Griechenland hat die obligatorische Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs nach Art. 46 MRK nicht anerkannt und der Gerichtshof wurde auch nicht über eine *ad hoc*-Erklärung nach Art. 48 MRK befaßt —, befand das Ministerkomitee am 15. 4. 1970 — nach Ablauf der Dreimonatsfrist — in dieser Sache (Art. 32 Abs. 1 MRK). Dabei machte sich das Komitee die Auffassung der Kommission zu eigen und entschied, daß die griechische Regierung Art. 3, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 13 und 14 MRK sowie Art. 3 ZP Nr. 1 verletzt habe, nicht aber Art. 7 MRK und Art. 1 ZP Nr. 1. Bemerkenswert ist, daß Art. 15 MRK nicht erwähnt wird. Angesichts der griechischen Haltung gegenüber dem Beschwerdeverfahren meinte das Ministerkomitee weiter, daß es an der Grundlage für sonstige Maßnahmen nach Art. 32 Abs. 2 MRK fehle, und beschloß, den Bericht der Kommission zu veröffentlichen (siehe Résolution DH (70) 1, abgedruckt im Anhang VI).

Am 10. 4. 1970 haben die Regierungen Dänemarks, Norwegens und Schwedens eine neue Beschwerde eingebracht (Nr. 4448/70), in der sie behaupten, die griechische Regierung habe Art. 3 und 6 MRK verletzt, und zwar in Zusammenhang mit einer strafgerichtlichen Untersuchung gegen 34 Personen in der Zeit von Juli 1969 bis März 1970 sowie im Verlauf des Strafverfahrens, das vom 22. 3. bis zum 12. 4. 1970 gegen jene Personen vor dem außerordentlichen Athener Militärgericht stattfand. In ihrer Teilentscheidung über die Zulässigkeit der Beschwerde vom 26. 5. 1970 hat die Kommission — gegen die Auffassung der griechischen Regierung — entschieden, daß sie — trotz Kündigung der Konvention durch die griechische Regierung — zur Prüfung der Beschwerde *ratione temporis* zuständig ist. Gleichzeitig hat sie die griechische Regierung aufgefordert, innerhalb von vier Wochen zur Frage der Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges Stellung zu nehmen; bis dahin hat sie die weitere Prüfung der Beschwerde vertagt.

a a) Vorbehalt der irischen Regierung

Die irische Regierung hat bei Unterzeichnung des 4. Zusatzprotokolls folgende Erklärung abgegeben:

“The reference to extradition contained in paragraph 21 of the Report of the Committee of Experts on this Protocol and concerning paragraph 1 of Article 3 of the Protocol²³⁾ includes also laws providing for the execution in the territory of one Contracting Party of warrants of arrest issued by the authorities of another Contracting Party”²⁴⁾.

bb) Vorbehalt der österreichischen Regierung

Die österreichische Regierung hat bei Unterzeichnung des 4. Zusatzprotokolls einen Vorbehalt zu dessen Art. 3 gemacht, und zwar im Hinblick auf die Landesverweisung der Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen. Der Vorbehalt hat folgenden Wortlaut:

«Le Protocole N° 4 est signé sous réserve que son article 3 n'est pas applicable à la Loi du 3 avril 1919, StGBI. N° 209, relative au bannissement et à la confiscation des biens de la Maison de Habsbourg-Lorraine dans la version de la Loi du 30 octobre 1919, StGBI. N° 501, de la Loi constitutionnelle du 30 juillet 1925, BGBI. N° 292, de la Loi constitutionnelle fédérale du 26 janvier 1928, BGBI. N° 30 et compte tenu de la Loi constitutionnelle fédérale du 4 juillet 1963, BGBI. N° 172»²⁵⁾.

2. Abhängige Gebiete

Nach Art. 63 MRK kann jeder Staat im Zeitpunkt der Ratifizierung oder in der Folge zu jedem anderen Zeitpunkt durch eine Mitteilung an den Generalsekretär des Europarates erklären, daß die Konvention auf alle oder einzelne Gebiete Anwendung findet, für deren internationale Beziehungen er verantwortlich ist. Entsprechende Bestimmungen enthalten das 1. und das 4. Zusatzprotokoll (Art. 4 ZP Nr. 1; Art. 6 ZP Nr. 4).

a) Grönland

Dänemark hatte am 7. April 1953 eine Erklärung abgegeben, mit der es die Anwendung der Konvention und des 1. Zusatzprotokolls auf das Ge-

²³⁾ Für den Gerichtshof gilt dabei ergänzend die Vorschrift des Art. 2 Abs. 3 Satz 2 der Verfahrensordnung: «Après ce remplacement, ils continuent de connaître d'une affaire ou d'une partie d'une affaire ou d'un incident si la procédure orale y relative a commencé devant eux».

²⁴⁾ Dort heißt es: “Il a été entendu que l'extradition se trouve hors du champ d'application de ce paragraphe»; siehe Doc. H (65) 16, S. 20.

²⁴⁾ Siehe Annuaire Bd. 6, S. 19, 21.

²⁵⁾ Siehe Annuaire Bd. 6, S. 19, 21.

biet von Grönland erstreckte²⁶⁾. Am 5. Juni 1953 wurde Grönland Teil des dänischen Mutterlandes, so daß die Erklärung vom 7. April gegenstandslos geworden ist.

b) Gebiete unter britischer Hoheitsgewalt

Mit Erklärung vom 23. Oktober 1953 verpflichtete sich Großbritannien, die Konvention auf insgesamt 45 abhängige Gebiete anzuwenden, zu denen damals auch Zypern und Malta zählten²⁷⁾. Eine erste revidierte Liste datiert vom 9. Juni 1964; sie wurde am 12. August 1964 berichtigt²⁸⁾. Eine weitere revidierte Liste trägt das Datum des 5. August 1966²⁹⁾. Am 12. Januar 1967 teilte die britische Regierung dem Generalsekretär des Europarates mit, daß zwischenzeitlich drei weitere, früher unselbständige Gebiete unabhängig geworden und die Verpflichtungen der britischen Regierung aus der Konvention gegenüber jenen Gebieten erloschen seien³⁰⁾. Am 12. September 1967 erstreckte die britische Regierung die Anwendung der Konvention auf den Staat Brunei³¹⁾. Die vorläufig letzte revidierte Liste stammt vom 12. Juni 1969. Ihr zufolge findet die Konvention auf nachstehende Gebiete Anwendung, für deren internationale Beziehungen die britische Regierung verantwortlich ist: die Bahamas, Bermuda, British Honduras, Britische Salomoninseln, Caymans-Inseln, Falklandinseln, Fidschiinseln, Gilbert- und Ellice-Inseln, Gibraltar, Insel Man, Inseln über dem Winde (Dominica, Grenada, St. Lucia, St. Vincent), Inseln unter dem Wind (Antigua, Britische Jungferninseln, Montserrat, St. Christopher-Nevis-Anguilla), St. Helena, Kanalinseln (Jersey und Guernsey), Seychellen, Staat Brunei, Königreich von Tonga sowie die Turks- und Caicosinseln.

²⁶⁾ Siehe *Annuaire* Bd. 1, S. 45.

²⁷⁾ Siehe *Annuaire* Bd. 1, S. 46—47.

²⁸⁾ Siehe *Annuaire* Bd. 7, S. 33—39: 34 Gebiete. — Im Begleitschreiben zur Liste vom 12. 8. 1964 teilte die britische Regierung zusätzlich mit, daß auch Malawi, das frühere Nyassaland, und zwar seit dem 6. 7. 1964 unabhängig geworden sei. Malawi selbst hielt sich auch weiterhin für an die Konvention gebunden. Dies zeigt ein Schreiben seines Präsidenten, H. Kamuzu Banda, an den Generalsekretär des Europarates vom Mai 1968, in dem es unter anderem heißt: "(...) As you are aware the European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms (...) continued to apply to Malawi under the terms and conditions of Malawi's declarations concerning inherited treaties to the Secretary General of the United Nations (...)", und "On behalf of the Government of Malawi I would now wish to inform you (...) that as of this date Malawi considers herself to be no longer bound by the terms and conditions of the European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms (...)". — Zu den damit aufgeworfenen Fragen siehe Eissen, *Malawi and the European Convention on Human Rights*, in: *British Yearbook of International Law*, erscheint demnächst.

²⁹⁾ Siehe *Annuaire* Bd. 8, S. 21—23: 30 Gebiete.

³⁰⁾ Siehe *Annuaire* Bd. 10, S. 47.

³¹⁾ Siehe *Annuaire* Bd. 10, S. 47—49.

c) Surinam und die niederländischen Antillen

Am 29. November 1955 erklärte die niederländische Regierung, daß die Konvention und das 1. Zusatzprotokoll auch auf Surinam und die niederländischen Antillen Anwendung finden. Ausgenommen wurde allerdings ausdrücklich das Recht auf unentgeltlichen Rechtsbeistand nach Art. 6 Abs. 3 (c) MRK ³²⁾.

II. Individualbeschwerde (Erklärungen nach Art. 25 MRK)

Während jeder Vertragsstaat nach Art. 24 MRK die Kommission ohne weiteres mit jeder angeblichen Verletzung der Konvention durch einen anderen Vertragsstaat befassen kann ³³⁾, ist eine Individualbeschwerde an die Kommission nur möglich, wenn der Vertragsstaat, gegen den sich die Beschwerde richtet, die Zuständigkeit der Kommission zur Prüfung derartiger Beschwerden ausdrücklich anerkannt hat (Art. 25 MRK ³⁴⁾).

1. Unterwerfungserklärungen bezogen auf die Konvention und das 1. Zusatzprotokoll

Solche Erklärungen nach Art. 25 MRK haben z. Z. folgende Vertragsstaaten abgegeben ³⁵⁾:

Staat:	Erklärung hinterlegt am:	Mit Wirkung ab:	Geltungsdauer:
Belgien Bundesrepublik	13. 8. 1969	30. 6. 1969	2 Jahre
Deutschland	1. 7. 1966	1. 7. 1966	5 Jahre
Dänemark	12. 4. 1967	7. 4. 1967	5 Jahre

³²⁾ Siehe Annuaire Bd. 1, S. 45—46.

³³⁾ Die Kommission ist bisher mit insgesamt 7 Staatenbeschwerden befaßt worden: zwei Beschwerden *Griechenlands* gegen *Großbritannien* (Nr. 176/56 vom 7. 5. 1956; Nr. 299/57 vom 17. 7. 1957; siehe dazu Annuaire Bd. 1, S. 129, 131; Bd. 2, S. 174—199); eine Beschwerde *Österreichs* gegen *Italien* (Nr. 788/60 vom 11. 7. 1960; siehe dazu Annuaire Bd. 3, S. 168—171; Bd. 4, S. 112—183; Bd. 5, S. 54—61; Bd. 6, S. 741—801); sowie je eine Beschwerde *Dänemarks*, *Norwegens*, *Schwedens* und der *Niederlande* gegen *Griechenland* (siehe dazu oben S. 404 Anm. 21).

³⁴⁾ Bis zum 31. 12. 1969 ist die Kommission mit insgesamt 4334 Individualbeschwerden befaßt worden. Von den bislang entschiedenen Beschwerden hatte sie zum selben Zeitpunkt 3745 Beschwerden als unzulässig zurückgewiesen, während sie 52 Individualbeschwerden für zulässig erklärt hatte. Im Jahre 1969 waren insgesamt 439 Individualbeschwerden eingegangen (1968: 449; 1967: 445; 1966: 303; 1965: 310).

³⁵⁾ Aufgeführt sind die jeweils letzten Unterwerfungserklärungen. Die Übersicht zeigt also nicht, wann sich ein Staat erstmals unterworfen hat; siehe dazu Morvay, ZaöRV Bd. 20 (1959/60), S. 633 ff.

Großbritannien	3. 2. 1969	14. 1. 1969	3 Jahre
Irland	25. 2. 1953	25. 2. 1953	nicht begrenzt
Island	14. 4. 1960	25. 3. 1960	bis auf Widerruf
Luxemburg	27. 4. 1966	28. 4. 1966	5 Jahre
Niederlande	25. 8. 1969	31. 8. 1969	5 Jahre
Norwegen	26. 6. 1967	29. 6. 1967	5 Jahre
Österreich	23. 8. 1967	3. 9. 1967	3 Jahre
Schweden	4. 2. 1952	4. 2. 1952	nicht begrenzt

Die Erklärung der Niederlande erstreckt sich ebenfalls auf Surinam, nicht aber auf die niederländischen Antillen, diejenige Großbritanniens auf sämtliche Gebiete, in denen die Konvention entsprechend der Erklärung der britischen Regierung nach Art. 63 MRK Anwendung findet³⁶⁾.

2. Unterwerfungserklärungen erstreckt auf das 4. Zusatzprotokoll

Eine Individualbeschwerde unter dem 4. Zusatzprotokoll ist nur möglich, wenn und soweit der betroffene Vertragsstaat in seiner Erklärung nach Art. 25 MRK ausdrücklich das Beschwerderecht auch für die Art. 1—4 des Protokolls anerkannt hat (Art. 6 Abs. 2 ZP Nr. 4)³⁷⁾. Sieben der acht Staaten,

³⁶⁾ Siehe die Liste oben S. 407. — In der ersten, von der britischen Regierung am 11. 1. 1969 eingereichten Liste waren Dominica, Guernsey und die Insel Man ausdrücklich ausgenommen; am 27. 3. 1969 teilte die britische Regierung mit, daß sich ihre Erklärungen nach Art. 25 und Art. 46 auch — und zwar ebenfalls ab 14. 1. 1969 — auf jene ursprünglich ausgeklammerten Gebiete bezöge.

³⁷⁾ Bei Auflegung des 1. Zusatzprotokolls (20. 3. 1952) war die Konvention selbst noch nicht in Kraft, und kein Staat hatte eine Erklärung nach Art. 25 oder 46 MRK abgegeben, während bei Ausarbeitung des 4. Zusatzprotokolls (damals das 2.) bereits neun Vertragsstaaten das Recht der Individualbeschwerde anerkannt und acht Staaten sich der obligatorischen Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterworfen hatten. Der Protokollentwurf des Rechtsausschusses der Beratenden Versammlung vom 17. 11. 1959 sah daher in seinem Art. 8 Abs. 2 folgende Alternativlösung vor:

« Variante A : Les déclarations que les Hautes Parties Contractantes au présent Protocole ont déjà souscrites ou souscriront à l'avenir en vertu de l'article 25 ou de l'article 46 de la Convention porteront effet à l'égard des dispositions du présent Protocole.

« Variante B : Toutefois, le droit de recours individuel reconnu par une déclaration faite en vertu de l'article 25 de la Convention ou la reconnaissance de la juridiction obligatoire de la Cour faite par une déclaration en vertu de l'article 46 de la Convention n'affecte les droits énumérés dans le présent Protocole que si la Haute Partie Contractante intéressée l'a précisé » (siehe Assemblée Consultative, Doc. 1057, S. 4, 5, 15, 16).

Das Expertenkomitee für Menschenrechte hat sich schließlich für die Variante B entschieden: da die Regierungen, die bereits Erklärungen nach Art. 25 oder 46 MRK abgegeben hatten, dabei nicht an die Rechte dieses Zusatzprotokolls gedacht hätten, sei eine automatische Anwendung jener Erklärungen auf dieses Protokoll »inopportun«. Man fürchtete außerdem, daß die Übernahme der Variante A die Unterzeichnung oder Ratifizierung des Protokolls verzögern würde. Das Komitee hat im übrigen die Variante B der Beratenden

die das 4. Zusatzprotokoll bisher ratifiziert haben, haben ihre Erklärung nach Art. 25 MRK auch auf dieses Protokoll erstreckt:

Staat:	Mit Wirkung ab:	Geltungsdauer:
Bundesrepublik		
Deutschland	1. 6. 1968	wie oben II, 1
Dänemark	7. 4. 1967	6. 4. 1972
Irland	29. 10. 1968	bis auf Widerruf
Island	16. 11. 1967	nicht begrenzt
Norwegen	26. 11. 1969	28. 6. 1972
Osterreich	25. 3. 1970	2. 9. 1970
Schweden	13. 6. 1964	wie oben II, 1

III. Obligatorische Gerichtsbarkeit (Erklärungen nach Art. 46 MRK)

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kann von der Kommission oder einem Vertragsstaat mit einem Fall nur befaßt werden, wenn der betroffene Staat die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs ohne weiteres und ohne besonderes Abkommen als obligatorisch anerkannt hat (Art. 46 MRK), es sei denn, daß er im Einzelfall einem Verfahren vor dem Gerichtshof zustimmt (Art. 48 MRK)³⁸⁾.

1. Unterwerfungserklärungen bezogen auf die Konvention und das 1. Zusatzprotokoll

Solche Erklärungen nach Art. 46 MRK haben bisher dieselben elf Staaten abgegeben, die auch das Recht der Individualbeschwerde anerkannt haben:

Versammlung dahin abgeändert, daß die Erklärungen nach Art. 25 und 46 MRK unter dem Protokoll auch für nur einzelne Artikel abgegeben werden können (siehe den Rapport explicatif des Expertenkomitees, Doc. H (65) 16, S. 32).

³⁸⁾ Seit seiner Konstituierung am 3. 9. 1958 hat der Gerichtshof insgesamt elf Urteile gefällt: Fall *Lawless* (Urteile vom 14. 11. 1960, 7. 4. 1961, 1. 7. 1961; der Fall betraf Irland); Fall *De Becker* (Urteil vom 27. 3. 1962; der Fall betraf Belgien); *Belgischer Sprachenfall* (Urteile vom 9. 2. 1967 und 23. 7. 1968); Fall *Wemhoff* (Urteil vom 27. 6. 1968; der Fall betraf die Bundesrepublik Deutschland); Fall *Neumeister* (Urteil vom 27. 6. 1968; der Fall betraf Österreich); Fall *Stögmüller* (Urteil vom 10. 11. 1969; der Fall betraf Österreich); Fall *Matznetter* (Urteil vom 10. 11. 1969; der Fall betraf Österreich); Fall *Delcourt* (Urteil vom 17. 1. 1970; der Fall betraf Belgien). — In drei Fällen hat der Gerichtshof auf Verletzung der Konvention erkannt: *Belgischer Sprachenfall* (Urteil vom 23. 7. 1968 in einem von sechs Punkten), Fall *Neumeister* und Fall *Stögmüller*. — Siehe Publications de la Cour, Série A.

Staat:	Erklärung hinterlegt am:	Mit Wirkung ab:	Geltungsdauer:
Belgien Bundesrepublik	13. 8. 1969	29. 6. 1969	2 Jahre
Deutschland	1. 7. 1966	1. 7. 1966	5 Jahre auf Gegenseitigkeit
Dänemark	12. 4. 1967	7. 4. 1967	5 Jahre auf Gegenseitigkeit
Großbritannien	3. 2. 1969	14. 1. 1969	3 Jahre auf Gegenseitigkeit
Irland	25. 2. 1953	25. 2. 1953	bis auf Widerruf
Island	3. 9. 1969	3. 9. 1969	5 Jahre
Luxemburg	27. 4. 1966	28. 4. 1966	5 Jahre auf Gegenseitigkeit
Niederlande	25. 8. 1969	31. 8. 1969	5 Jahre auf Gegenseitigkeit
Norwegen	26. 6. 1967	29. 6. 1967	5 Jahre auf Gegenseitigkeit
Österreich	23. 8. 1967	3. 9. 1967	3 Jahre auf Gegenseitigkeit
Schweden	15. 6. 1966	13. 5. 1966	5 Jahre auf Gegenseitigkeit

Die Erklärung der Niederlande bezieht sich ebenfalls auf Surinam, nicht aber auf die niederländischen Antillen, diejenige Großbritanniens auf sämtliche Gebiete, in denen die Konvention entsprechend der Erklärung der britischen Regierung nach Art. 63 MRK Anwendung findet³⁹⁾.

2. Unterwerfungserklärungen erstreckt auf das 4. Zusatzprotokoll

Abgesehen von der Möglichkeit einer *ad hoc*-Erklärung nach Art. 48 MRK, wird die Zuständigkeit des Gerichtshofs unter dem 4. Zusatzprotokoll gemäß Art. 6 Abs. 2 ZP Nr. 4 nur begründet, wenn und soweit der betroffene Vertragsstaat in seiner Erklärung nach Art. 46 MRK ausdrücklich die Gerichtsbarkeit hinsichtlich der Art. 1—4 des Protokolls anerkannt hat. Eine solche Erklärung ist bisher von denselben sechs Staaten abgegeben worden, die auch das Individualbeschwerderecht auf das 4. Zusatzprotokoll erstreckt haben:

Staat:	Mit Wirkung ab:	Geltungsdauer:
Bundesrepublik Deutschland	1. 6. 1968	wie oben III, 1
Dänemark	7. 4. 1967	6. 4. 1972 auf Gegenseitigkeit
Irland	29. 10. 1968	bis auf Widerruf
Island	3. 9. 1969	5 Jahre
Norwegen	26. 11. 1969	28. 6. 1972 auf Gegenseitigkeit
Österreich	25. 3. 1970	2. 9. 1970
Schweden	13. 5. 1966	wie oben III, 1

³⁹⁾ Siehe die Liste oben S. 407, sowie Anm. 36 oben S. 409. — Dabei sei darauf hingewiesen, daß Art. 63 Abs. 4 MRK ausdrücklich nur von der Erklärung nach Art. 25 MRK spricht.

B. Die Internationale Konvention zur Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung

Am 21. Dezember 1965 verabschiedete die UN-Generalversammlung die Internationale Konvention zur Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung⁴⁰⁾. In ihr verpflichten sich die Vertragsstaaten insbesondere, jedermann das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, Hautfarbe, nationalen oder ethnischen Herkunft zu gewährleisten, und dies vor allem hinsichtlich der Ausübung verschiedener bürgerlicher, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte (Art. 5).

I. Die Vertragsstaaten

Nachdem Polen am 5. Dezember 1968 als 27. Staat die Ratifikationsurkunde beim UN-Generalsekretär hinterlegt hatte, trat die Konvention gemäß Art. 19 am 4. Januar 1969 in Kraft. Sie ist bisher von zweiundsiebzig Staaten unterzeichnet worden. Dreißig Staaten haben sie ratifiziert, darunter vier Europaratmitglieder⁴¹⁾: Bundesrepublik Deutschland⁴²⁾, Großbritannien, Island und Zypern; sieben Staaten sind der Konvention beigetreten (siehe Art. 17 und 18). Damit ist die Konvention z. Z. für folgende Staaten verbindliches Recht:

Staat:	Ratifizierung, Beitritt (a), mit Vorbehalten oder sonstigen Erklärungen (Art. 20) (b) ⁴³⁾
Argentinien	2. 10. 1968
Brasilien	27. 3. 1968
Bulgarien	8. 8. 1966 (b)
Bundesrepublik Deutschland	16. 5. 1969 (b)
Costa Rica	16. 1. 1967

⁴⁰⁾ Resolution 2106 (XX). — Text der Resolution und der Konvention in: Official Records of the General Assembly, Twentieth Session, Supplement Nr. 14 (A/6014), S. 47; deutsche Übersetzung in BGBl. 1969 II, S. 962—980. Beitritte: ST/LEG/SER. D/3, S. 67 f.

⁴¹⁾ Auf eine Empfehlung der Beratenden Versammlung hatte das Ministerkomitee des Europarates in seiner EntschlieÙung (68) 30 den Regierungen der Mitgliedstaaten empfohlen, die Diskriminierungskonvention zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Auf ihrer Sitzung im Januar 1970 hat die Beratende Versammlung erneut dem Ministerkomitee empfohlen, die Mitgliedstaaten aufzufordern, jener Konvention beizutreten (Empfehlung (583) 70). — Zu den eigenen Initiativen des Europarates auf diesem Gebiet siehe neben den vorstehend zitierten Texten auch die Empfehlung (453) 66 sowie die Berichte der Beratenden Versammlung, Doc. 2398, 2653 und 2703.

⁴²⁾ Der Ständige deutsche Beobachter bei den UN hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde im Namen der Bundesregierung erklärt, daß die Konvention auch im Land Berlin Anwendung findet. Siehe auch BGBl. 1969 II, S. 961.

⁴³⁾ Text der Erklärungen und Vorbehalte in Doc. A/7688 (6. 10. 1969) der UN.

Ecuador	22. 9. 1966	(a)	
Ghana	8. 9. 1966		
Großbritannien	7. 3. 1969	(b)	
Heiliger Stuhl	1. 5. 1969		
Indien	3. 12. 1968	(b)	
Irak	14. 1. 1970		
Iran	29. 8. 1968		
Island	13. 3. 1967		
Jugoslawien	2. 10. 1967		
Kuwait	15. 10. 1968	(a)	(b)
Libyen	3. 7. 1968	(a)	(b)
Madagaskar	7. 2. 1969	(b)	
Mongolei	6. 8. 1969	(b)	
Niger	27. 4. 1967		
Nigeria	16. 10. 1967	(a)	
Pakistan	21. 9. 1967	(a)	
Panama	16. 8. 1967		
Philippinen	15. 9. 1967		
Polen	5. 12. 1968	(b)	
Sowjetunion	4. 2. 1969	(b)	
Spanien	13. 9. 1968	(a)	(b)
Sierra Leone	2. 8. 1967		
Swasiland	7. 4. 1969	(a)	
Syrien	21. 4. 1969	(a)	(b)
Tschechoslowakei	29. 12. 1966	(b)	
Tunesien	13. 1. 1967		
Ukraine	7. 3. 1969	(b)	
Ungarn	4. 5. 1967	(b)	
Uruguay	30. 8. 1968		
Venezuela	10. 10. 1967		
Vereinigte Arabische Republik	1. 5. 1967	(b)	
Weißrußland	8. 4. 1969	(b)	
Zypern	21. 4. 1967		

II. Das Komitee zur Beseitigung der Rassendiskriminierung

Die Konvention sieht in Art. 8 die Errichtung eines unabhängigen »Komitees zur Beseitigung der Rassendiskriminierung« vor. Dieses Komitee prüft die von den Vertragsstaaten vorzulegenden Berichte über die von ihnen zur Verwirklichung der Konventionsbestimmungen ergriffenen Maßnahmen (Art. 9), jede Mitteilung eines Vertragsstaates über die Nichtanwendung der

Konvention durch einen anderen Vertragsstaat (Art. 11, 12) sowie Mitteilungen von Einzelpersonen, die behaupten, Opfer einer Verletzung der in der Konvention genannten Rechte durch einen Vertragsstaat zu sein, letzteres allerdings nur, wenn der betroffene Staat die Zuständigkeit des Komitees insoweit anerkannt hat (Art. 14).

Das Komitee setzt sich aus achtzehn Fachleuten zusammen, die von den Vertragsstaaten regelmäßig auf vier Jahre gewählt werden. Am 10. Juli 1969 wurden die ersten siebzehn Mitglieder des Komitees gewählt; das achtzehnte wurde am 20. November 1969 hinzugewählt. Dem Komitee gehören an: Alvin Robert Cornelius (Pakistan), ehemaliger Präsident des Obersten Gerichtshofs; Rajeshwar Dayal (Indien), ehemals Botschafter und Staatssekretär im Auswärtigen Amt; Mikhail Getmanets (Ukraine); A. A. Haastrup (Nigeria); José de Ingles (Philippinen), Unterstaatssekretär im Außenministerium; Sir Herbert Merchant (Großbritannien), ehemaliger Botschafter, Stellvertretender Direktor des Institute of Race Relations; Aboul Nasr (VAR), Chef der Abteilung Menschenrechte und Soziales im Außenministerium; Gonzalo Ortiz-Martin (Costa Rica); Frau Doris Owusu-Addo (Ghana); Karl Josef Partsch (Bundesrepublik Deutschland), Professor der Rechte an der Universität Bonn; Aleksander Peles (Jugoslawien), Professor der Rechte an der Universität Sarajewo; Zbigniew Resich (Polen), Professor der Rechte an der Universität Warschau; Luis Valencia Rodriguez (Ecuador), Botschafter Ecuadors in Bolivien, Professor an der Zentral-Universität von Ecuador; Zenon Rossides (Zypern), Botschafter Zyperns bei den UN; Fayez Sayegh (Kuwait); S. T. M. Sukati (Swasiland), Präsident des Parlaments von Swasiland, Botschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika und bei den UN; Nikolai V. Tarassow (UdSSR), Stellvertreter des Ständigen Vertreters der UdSSR bei den UN; und Jan Tomko (Tschechoslowakei).

Das Komitee hielt vom 19. bis 30. Januar 1970 seine erste Sitzung ab, auf der es den Inder Rajeshwar Dayal zu seinem Präsidenten und den Nigerianer AA. Haastrup, den Polen Zbigniew Resich und Gonzalo Ortiz Martin aus Costa Rica zu seinen Vizepräsidenten wählte; Berichterstatter wurde Fayez Sayegh aus Kuwait. Das Komitee nahm auf dieser ersten Sitzung eine Reihe von Vorschlägen für die von den Mitgliedstaaten zu erstellenden Berichte an, die den Staaten mitgeteilt wurden. Außerdem bestimmte das Komitee gemäß Art. 15 MRK Reichweite und Grenzen seiner Zuständigkeit hinsichtlich der Rassendiskriminierung in abhängigen Gebieten. Das Komitee hat schließlich beschlossen, zweimal jährlich zusammenzukommen und seine nächste Sitzung vom 31. August bis zum 18. September abzuhalten ^{43a}).

^{43a}) Siehe ONU, Chronique mensuelle, Bd. 2 (1970), S. 72.

C. Die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen und das Fakultativprotokoll

Die UN-Generalversammlung verabschiedete am 16. Dezember 1966 den Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie den Pakt über bürgerliche und politische Rechte, letzteren zusammen mit einem Fakultativprotokoll, auf Grund dessen dem nach dem 2. Pakt zu errichtenden Menschenrechtskomitee die Befugnis zur Prüfung von Individualbeschwerden eingeräumt wird⁴⁴⁾. Die beiden Pakte treten drei Monate nach Hinterlegung der jeweils 35., das Protokoll drei Monate nach Hinterlegung der 10. Ratifikationsurkunde in Kraft.

1. Die beiden Pakte sind bisher von vierundvierzig Staaten unterzeichnet worden. Fünf Staaten, darunter Zypern als bisher einziges Europaratmitglied⁴⁵⁾, haben sie ratifiziert; ein Staat ist ihnen beigetreten:

Staat:	Ratifizierung, Beitritt (a):
Costa Rica	29. 11. 1968
Ecuador	6. 3. 1969
Kolumbien	29. 10. 1969
Syrien	21. 4. 1969 (a)
Tunesien	18. 3. 1969
Zypern	2. 4. 1969

2. Das Fakultativprotokoll ist bisher von sechzehn Staaten unterzeichnet worden. Die drei folgenden Staaten haben es ratifiziert:

Staat:	Ratifizierung:
Costa Rica	29. 11. 1968
Ecuador	6. 3. 1969
Kolumbien	29. 10. 1969

Abgeschlossen am 1. März 1970

Herbert Petzold

⁴⁴⁾ Resolution 2200 (XXI). — Text der Resolution, der Pakte und des Protokolls in: Official Records of the General Assembly Twenty-first Session, Supplement Nr. 16 (A/6316), S. 49.

⁴⁵⁾ Das Ministerkomitee des Europarates hat im Jahre 1967 das Expertenkomitee für Menschenrechte beauftragt, »die Probleme zu untersuchen, die sich aus dem Nebeneinander von Konvention und den Pakten ergeben«. Die Arbeiten wurden 1969 beendet, sind bisher jedoch nicht veröffentlicht worden; siehe Eissen, Convention européenne des Droits de l'Homme et Pacte des Nations Unies relatif aux droits civils et politiques, problèmes de «coexistence», oben S. 237.

Anhang I

DECLARATION AND RESERVATIONS

(1) The Government of Malta declares that it interprets paragraph 2 of Article 6 of the Convention in the sense that it does not preclude any particular law from imposing upon any person charged under such law the burden of proving particular facts.

(2) The Government of Malta, having regard to Article 64 of the Convention, and desiring to avoid any uncertainty as regards the application of Article 10 of the Convention declares that the Constitution of Malta allows such restrictions to be imposed upon public officers in regard to their freedoms of expression as are reasonably justifiable in a democratic society. The Code of Conduct of public officers in Malta precludes them from taking an active part in political discussions or other political activity during working hours or on official premises.

(3) The Government of Malta, having regard to Article 64 of the Convention declares that the principle of lawful defence admitted under sub-paragraph (a) of paragraph (2) of Article 2 of the Convention shall apply in Malta also to the defence of property to the extent required by the provisions of paragraphs (a) and (b) of section 238 of the Criminal Code of Malta, the text whereof along with the text of the preceding section 237, is as follows:

“237. No offence is committed when a homicide or a bodily harm is ordered or permitted by law or by a lawful authority, or is imposed by actual necessity either in lawful self-defence or in the lawful defence of another person.

“238. Cases of actual necessity of lawful defence shall include the following:

- (a) where the homicide or bodily harm is committed in the act of repelling, during the night-time, the scaling or breaking of enclosures, walls, or the entrance doors of any house or inhabited apartment, or of the appurtenances thereof having a direct or an indirect communication with such house or apartment;
- (b) where the homicide or bodily harm is committed in the act of defence against any person committing theft or plunder, with violence, or attempting to commit such theft or plunder;
- (c) where the homicide or bodily harm is imposed by the actual necessity of the defence of one's own chastity or of the chastity of another person”.

(4) The Government of Malta, having regard to Article 64 of the Convention, declares that the principle affirmed in the second sentence of Article 2 of the Protocol is accepted by Malta only in so far as it is compatible with the provision of efficient instruction and training, and the avoidance of unreasonable public expenditure, having regard to the fact that the population of Malta is overwhelmingly Roman Catholic.

Anhang II

NOTE VERBALE DU 12 DECEMBRE 1969
DU GOUVERNEMENT HELLENIQUE INFORMANT
LE SECRETAIRE GENERAL QUE LA GRECE
DENONCE LE STATUT DU CONSEIL DE
L'EUROPE ET SE RETIRE DE CETTE ORGANISATION

Le Représentant permanent de la Grèce présente ses compliments au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe et, selon les instructions de son Gouvernement, a l'honneur de porter à sa connaissance ce qui suit:

Le Gouvernement hellénique,

Considérant que depuis deux ans et demi la Grèce est victime d'une campagne de calomnies visant à exposer de façon tendancieuse les raisons véritables qui l'ont obligée à s'écarter, en application de l'article 15 de la Convention européenne des Droits de l'Homme et des libertés fondamentales de certains articles de cette Convention;

Considérant qu'en 1967 la Grèce pour la troisième fois consécutive au cours des deux dernières décennies a dû affronter un danger public imminent menaçant tant la vie de la nation que ses institutions démocratiques dont la sauvegarde constitue le but du Conseil de l'Europe;

Considérant que cette menace provenait essentiellement des activités subversives d'éléments communistes, agissant en collaboration étroite avec certains partis politiques et leurs dirigeants dont les agissements irresponsables et antidémocratiques ont mis en péril le bon fonctionnement du régime parlementaire dans son ensemble, tout en sapant les institutions démocratiques et la vie politique, sociale et économique du pays;

Considérant que depuis le 21 avril 1967, fermement attaché aux idéaux démocratiques, il a pris une série de mesures tendant à restaurer des conditions normales en adoptant une Constitution démocratique moderne approuvée par l'immense majorité du peuple grec et s'est officiellement engagé à donner plein effet dans des délais déterminés à tous les articles de la Constitution provisoirement suspendus;

Considérant que ces efforts en vue de restaurer les normes démocratiques n'ont pas été appréciés à leur juste valeur par un grand nombre d'Etats membres du Conseil de l'Europe;

Considérant que, bien au contraire, le Conseil de l'Europe est devenu de plus en plus le foyer d'une propagande haineuse dirigée contre la Grèce, propagande émanant surtout de pays qui, en raison de leur attitude douteuse pendant la guerre, sont les moins qualifiés pour se faire les champions de la démocratie et de la liberté en Europe;

Considérant que le système de mise en œuvre collective des Droits de l'Homme et des libertés fondamentales, établi par la Convention européenne des Droits de l'Homme, a échoué et que le but essentiel du Statut du Conseil de l'Europe qui est

«de réaliser une union plus étroite entre ses membres» n'a pas été atteint et que sous l'influence de l'opportunisme politique, l'un et l'autre se sont révélés incapables de promouvoir les idéaux et les principes qui sont supposés constituer notre patrimoine commun;

Considérant que sous l'influence de cet opportunisme politique, les organes du Conseil de l'Europe et de la Commission des Droits de l'Homme se sont avérés incapables d'assurer le respect, sur une base d'égalité et d'impartialité, des dispositions de la Convention;

Considérant que la Note grecque N° 2837 adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe énumère un grand nombre de violations de la Convention de Rome commises par les organes mêmes de la Convention chargés de l'application de celle-ci au cours de l'examen des requêtes introduites contre la Grèce;

Considérant que les facteurs politiques précités ont mis gravement en péril le but fondamental du Conseil de l'Europe qui est de réaliser l'unification européenne;

Considérant que, par conséquent, la recherche d'une paix fondée sur la justice et la coopération entre les pays membres ne peut aboutir;

Considérant que les principes de non-intervention, d'égalité et de souveraineté des Etats membres, constituant la pierre angulaire de la Communauté internationale ont été ignorés de façon flagrante;

Considérant que certains Etats membres ont cherché, par des pratiques illicites et immorales de diffamation, d'imposer leur propre forme de gouvernement socialiste à d'autres Etats qui, bien que croyant à la démocratie, rejettent toute démocratie de type marxiste;

Déplore que la lettre et l'esprit du Statut du Conseil de l'Europe, notamment de ses articles 1, 3, 8 et 20, aient été violés et que le Conseil de l'Europe ne soit pas parvenu à réaliser l'unification européenne ni à promouvoir les buts qui sont sa raison d'être et sur lesquels de nombreux pays européens ont fait reposer leur espoir en un monde meilleur;

Dénonce le Statut du Conseil de l'Europe et,

Se retire de cette Organisation, conformément à l'article 7, et notifie à la date de ce jour son retrait et la dénonciation du Statut.

Le Représentant permanent de la Grèce présente ses compliments au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe et lui renouvelle l'assurance de sa haute considération.

Anhang III

NOTE VERBALE DU GOUVERNEMENT HELLENIQUE

en date du 12 décembre 1969

concernant la Convention européenne de
sauvegarde des Droits de l'Homme et des
libertés fondamentales

NOTE VERBALE

Le Représentant Permanent de la Grèce présente ses compliments au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe et selon les instructions de son gouvernement a l'honneur de porter à sa connaissance ce qui suit:

Le gouvernement hellénique

Considérant que le système de mise en œuvre collective des Droits de l'Homme et des libertés fondamentales institué par la Convention européenne des Droits de l'Homme et des libertés fondamentales n'a pas atteint ses buts et est devenu, sous l'influence de considérations politiques, incapable d'assurer le respect effectif et impartial des dispositions de la Convention;

Considérant que ce système de mise en œuvre institué par le titre III de la Convention européenne des Droits de l'Homme et des libertés fondamentales s'est révélé incapable d'empêcher les violations flagrantes de la Convention notamment celles commises par les organes mêmes qui ont été chargés d'en surveiller l'application;

Considérant que la Commission européenne des Droits de l'Homme a commis de nombreuses violations intolérables de la procédure établie par la Convention européenne des Droits de l'Homme et des libertés fondamentales, des principes généraux du Droit et de son propre règlement et s'est inspiré non pas des principes du Droit mais uniquement de considérations politiques;

Considérant les agissements illicites et arbitraires du Secrétariat de la Commission des Droits de l'Homme ainsi que l'irrecevabilité du premier avis du Secrétariat du Comité des Ministres sur la question «Suspension — Retrait»;

Considérant que le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe s'est abstenu d'ouvrir une enquête pour identifier les responsables de la violation des dispositions de la Convention relatives au secret de la procédure et du rapport de la Commission des Droits de l'Homme;

Considérant que le Comité des Ministres a examiné une proposition concernant la suspension de la Grèce en violation de l'article 3 du Statut fondé sur la prééminence du Droit, et en violation des dispositions selon lesquelles ne peuvent être suspendus que les Etats membres qui ont «enfreint gravement les dispositions de l'article 3», la gravité de cette infraction devant être appréciée sur une base juridique;

Considérant que dans l'intérêt de la justice et de l'ordre européen les décisions relatives aux violations des droits de l'homme ne devraient être prises en fonction de considérations politiques mais bien reposer sur des considérations juridiques;

Considérant les nombreux actes illégaux et les nombreuses omissions des organes institués par la Convention européenne non seulement dans l'affaire grecque, mais également dans toutes les requêtes inter-étatiques et notamment dans les requêtes N° 176/1956 et 299/1957;

Considérant en particulier que la Commission européenne des Droits de l'Homme s'est déclarée illégitimement incompétente pour connaître des recours, exceptions et plaintes grecques contre la sous-commission et l'entrave au cours de la justice qui en est résultée;

Considérant que les organes institués par la Convention européenne des Droits de l'Homme se sont montrés incapables d'assurer l'égalité de traitement à tous les pays signataires, petits et grands, et que prisonniers de certaines influences, ils sont devenus des instruments d'injustice;

Considérant que les organes précités, du fait qu'ils n'ont pas réussi à rester objectifs et à assurer l'application intégrale des dispositions de la Convention européenne ont sapé les fondements mêmes des institutions chargées de sauvegarder les Droits de l'Homme et les libertés fondamentales;

Considérant que la Déclaration Universelle des Droits de l'Homme proclamée par l'Assemblée générale des Nations Unies le 10 décembre 1948 vise à assurer la reconnaissance et le respect effectif des Droits qu'elle garantit;

Exprime à nouveau son sincère attachement aux Droits et libertés garantis par la Déclaration Universelle des Droits de l'Homme au Titre I (article 2/18 de la Convention européenne de sauvegarde des Droits de l'Homme et des libertés fondamentales et par les articles 1 à 3 du protocole additionnel à la Convention européenne) et proclame une fois de plus qu'il est fermement décidé à les protéger conformément aux dispositions de la Constitution hellénique et des dispositions contractuelles concernant les Droits de l'Homme;

Déplore les actions par lesquelles les organes chargés de veiller à l'application des Droits de l'Homme et des libertés fondamentales en vertu de la Convention ont compromis le but du Conseil de l'Europe qui est la réalisation d'une union plus étroite entre ses membres et ont violé les dispositions visant à l'application collective des Droits de l'Homme et des libertés fondamentales énoncées au Titre III de la Convention européenne des Droits de l'Homme et des libertés fondamentales;

Dénonce la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des libertés fondamentales et le protocole additionnel à ladite Convention conformément à l'article 65 de celle-ci, en notifiant le préavis de dénonciation à la date d'aujourd'hui.

Le Représentant Permanent de la Grèce présente ses compliments au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe et saisit cette occasion pour l'assurer de sa haute considération.

Anhang IV

NOTE VERBALE DU SECRETARIAT GENERAL

en date du 17 décembre 1969

en réponse à la Note verbale du 12 décembre 1969 du
Représentant Permanent du Gouvernement hellénique
concernant la Convention européenne de Sauvegarde des
Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales

NOTE VERBALE

Le Secrétariat Général du Conseil de l'Europe présente ses compliments à la Représentation permanente de la Grèce et a l'honneur d'accuser réception de la Note verbale du 12 décembre 1969 notifiant la décision du Gouvernement hellénique de dénoncer la Convention européenne de Sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales et le Protocole du 20 mars 1952, conformément à l'article 65 de la Convention.

Conformément au paragraphe 1er dudit article, cette dénonciation prendra effet le 13 juin 1970, le préavis de six mois prévu au terme de ce paragraphe prenant fin le 12 juin 1970; les autres Hautes Parties Contractantes seront informées en conséquence.

Aux termes du paragraphe 2ème de ce même article, «cette dénonciation ne peut avoir pour effet de délier la Haute Partie Contractante intéressée des obligations contenues dans la présente Convention en ce qui concerne tout fait qui, pouvant constituer une violation de ces obligations, aurait été accompli par elle antérieurement à la date à laquelle la dénonciation produit effet». En particulier, la procédure engagée par les Gouvernements du Danemark, de la Norvège, de la Suède et des Pays-Bas contre le Gouvernement de la Grèce, qui est toujours en instance devant le Comité des Ministres, ne sera pas affectée par cette dénonciation.

Etant donné que la Note verbale du 12 décembre formule ou élabore un certain nombre d'allégations dirigées contre la Commission européenne des Droits de l'Homme et du Secrétariat Général du Conseil de l'Europe, allégations dont certaines avaient été formulées précédemment dans la Note verbale du 7 décembre, le Secrétariat Général a l'honneur de déclarer qu'il rejette catégoriquement les dites allégations.

Le Secrétariat Général saisit cette occasion pour renouveler à la Représentation Permanente de la Grèce l'assurance de sa haute considération.

Strasbourg, le 17 décembre 1969

Représentation Permanente de la Grèce
auprès du Conseil de l'Europe
STRASBOURG

Anhang V

RESOLUTION (69) 51

(adoptée par le Comité des Ministres le 12 décembre 1969)

AU SUJET DE LA GRECE

Le Comité des Ministres,

Considérant que la Grèce a enfreint gravement les dispositions de l'article 3 du Statut du Conseil de l'Europe;

Prenant acte de la situation en Grèce, telle que décrite dans la Recommandation 547 adoptée par l'Assemblée Consultative le 30 janvier 1969;

Prenant également acte du fait que le Gouvernement hellénique, ainsi qu'il a été prescrit dans le paragraphe 7 de cette recommandation, a annoncé que la Grèce se retirait du Conseil de l'Europe conformément à l'article 7 du Statut,

Dédit qu'à partir d'aujourd'hui le Gouvernement hellénique s'abstiendra de participer aux activités du Conseil de l'Europe;

Conclut qu'il n'y a plus lieu, de ce fait, de poursuivre la procédure de suspension prévue par l'article 8 du Statut;

Charge les Délégués des Ministres de régler les incidences administratives et financières de la situation ainsi créée;

Exprime l'espoir que se rétabliront prochainement en Grèce des conditions permettant à ce pays de redevenir membre à part entière du Conseil de l'Europe.

Anhang VI

RESOLUTION DH (70) 1

(adoptée par le Comité des Ministres, le 15 avril 1970)

L'AFFAIRE GRECQUE

Requêtes N° 3321/67, Danemark c. Grèce;

N° 3322/67, Norvège c. Grèce; N° 3323/67, Suède c. Grèce;

N° 3344/67, Pays-Bas c. Grèce

Le Comité des Ministres,

1. Vu l'article 32 de la Convention de Sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales (ci-après dénommée «La Convention»);

2. Vu le rapport que la Commission européenne des Droits de l'Homme (ci-après dénommée «La Commission») a établi, conformément à l'article 31 de la Convention, au sujet des requêtes introduites contre le Gouvernement de la Grèce le 20 septembre 1967 par les Gouvernements du Danemark, de la Norvège et de

la Suède (N° 3321/67, 3322/67, 3323/67) et le 27 septembre 1967 par le Gouvernement des Pays-Bas (N° 3344/67);

3. Considérant que ledit rapport a été transmis au Comité des Ministres le 18 novembre 1969 et que le délai de trois mois prévu à l'article 32, paragraphe 1, de la Convention s'est écoulé sans que l'affaire ait été déferée à la Cour européenne des Droits de l'Homme par application de l'article 48 de la Convention;

4. Considérant que dans leurs requêtes, dont la Commission a prononcé la jonction, les gouvernements requérants ont allégué que le gouvernement défendeur avait violé les articles 5, 6, 8, 9, 10, 11, 13 et 14 de la Convention et qu'il n'avait pas démontré que les conditions prévues à l'article 15 de la Convention pour des mesures de dérogation étaient remplies;

5. Considérant que les Gouvernements du Danemark, de la Norvège et de la Suède ont étendu, le 25 mars 1968, leurs allégations initiales aux articles 3 et 7 de la Convention et aux articles 1 et 3 du Premier Protocole additionnel;

6. Considérant que le 24 janvier 1968, la Commission a déclaré recevables les requêtes initiales, et le 31 mai 1968 également les nouvelles allégations;

7. Considérant que dans son rapport, la Commission a exprimé l'avis:

— que les mesures législatives et les pratiques administratives du gouvernement défendeur ont violé les articles 5, 6, 8, 9, 10, 11, 13 et 14 de la Convention et l'article 3 du Premier Protocole additionnel;

— que ces mesures et pratiques n'étaient pas et ne sont pas justifiées sur la base de l'article 15 de la Convention;

— que par la promulgation de l'Acte Constitutionnel «Eta» qui a été par la suite interprété par l'Acte Constitutionnel «Lambda», le gouvernement défendeur n'a violé ni l'article 7 de la Convention, ni l'article 1er du Premier Protocole additionnel;

— que le gouvernement défendeur a violé l'article 3 de la Convention;

8. Considérant que le 12 décembre 1969, le Gouvernement de la Grèce a dénoncé la Convention européenne des Droits de l'Homme et le Premier Protocole additionnel et que, conformément à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention, cette dénonciation produira effet le 13 juin 1970;

9. Considérant que le paragraphe 2 de l'article 65 de la Convention prévoit que la dénonciation «ne peut avoir pour effet de délier la Haute Partie Contractante intéressée des obligations contenues dans la présente Convention en ce qui concerne tout fait qui, pouvant constituer une violation de ces obligations, aurait été accompli par elle antérieurement à la date à laquelle la dénonciation produit effet»;

10. Ayant procédé au vote conformément aux prescriptions de l'article 32, paragraphe 1 de la Convention;

11. Faisant sien l'avis exprimé par la Commission;

12. Décide:

(a) que le Gouvernement de la Grèce a violé les articles 3, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 13 et 14 de la Convention et l'article 3 du Premier Protocole additionnel,

(b) que le Gouvernement de la Grèce n'a pas violé ni l'article 7 de la Convention, ni l'article 1er du Premier Protocole additionnel;

13. Vu la dénonciation du Statut du Conseil de l'Europe par le Gouvernement de la Grèce, le 12 décembre 1969;

14. Vu la dénonciation susmentionnée de la Convention européenne des Droits de l'Homme et du Premier Protocole additionnel, faite à la même date par le même gouvernement;

15. Vu la Résolution (69) 51 du 12 décembre 1969;

16. Ayant examiné les propositions formulées par la Commission, conformément au paragraphe 3 de l'article 31 de la Convention;

17. Considérant que le 7 décembre 1969, le Gouvernement de la Grèce a déclaré qu'il considérait le rapport de la Commission comme «nul et non venu» et qu'«il se considère comme juridiquement dégagé des conclusions du rapport en question»;

18. Considérant que la possibilité a été donnée au Gouvernement de la Grèce de participer aux discussions du Comité des Ministres lors de l'examen du rapport de la Commission, mais que, dans une lettre du 19 février 1970, le Gouvernement de la Grèce a déclaré qu'il n'avait nullement l'intention de participer à celui-ci et que la présence d'un représentant grec «serait manifestement en contradiction avec la dénonciation officielle par la Grèce du rapport de la Commission et de la Convention européenne»;

19. Considérant que, suite à ces circonstances et communications, il est clairement établi que le Gouvernement de la Grèce n'est pas disposé à se conformer à ses obligations continues en vertu de la Convention et, ainsi, au système de garantie collective des droits de l'homme institué par elle et que, par conséquent, le Comité des Ministres se trouve appelé à traiter d'une affaire dans des conditions qui ne sont pas précisément celles prévues par la Convention;

20. Conclut que dans le cas présent, il n'y a pas de base permettant de prendre d'autres mesures en vertu du paragraphe 2 de l'article 32 de la Convention;

21. Conclut qu'il lui appartient ainsi de se prononcer, conformément au paragraphe 3 de l'article 32 de la Convention, sur la publication du rapport établi par la Commission;

22. Décide de rendre dès à présent public le rapport établi par la Commission au sujet des requêtes susmentionnées;

23. Invite instamment le Gouvernement de la Grèce à rétablir sans délai les droits de l'homme et les libertés fondamentales en Grèce, conformément à la Convention et au Premier Protocole additionnel, en tenant compte entre autres des propositions formulées par la Commission qui se trouvent ci-annexées;

24. Invite instamment le Gouvernement de la Grèce, en particulier, à abolir immédiatement la torture et autre mauvais traitement de détenus et à mettre immédiatement en liberté les personnes détenues à la suite d'une décision administrative;

25. Et décide, par conséquent, de suivre l'évolution en Grèce à cet égard.

ANNEXE

PROPOSITIONS FORMULEES PAR LA
COMMISSION EUROPEENNE DES DROITS DE L'HOMME

1. L'arrestation et la détention devraient dans tous les cas être conformes aux dispositions de l'article 5 de la Convention, lequel implique en particulier que la pratique de la détention, du transfert à certains endroits et de l'assignation à y résider ainsi que de la consignation à domicile par acte administratif devrait être abolie et les personnes ainsi détenues immédiatement relâchées;

2. Le principe de l'indépendance du pouvoir judiciaire devrait être respecté strictement, ce qui implique qu'aucun juge ne devrait être suspendu ou révoqué, si ce n'est pour des motifs prévus par la loi et sur décision d'un tribunal institué par la loi.

Les tribunaux militaires ne devraient avoir compétence que pour connaître des accusations portées contre les membres des forces armées et des accusations d'atteinte à la sécurité des forces armées portées contre des civils, alors que les tribunaux répressifs ordinaires devraient seuls être compétents pour connaître des autres accusations pénales portées contre ces civils, y compris toutes les accusations d'atteinte à l'ordre public ou à la sécurité nationale. La procédure devant les tribunaux militaires ainsi que devant les tribunaux répressifs ordinaires devrait être conforme à l'article 6 de la Convention, lequel implique que les droits de la défense soient strictement respectés. Les peines précédemment infligées à des civils par des cours martiales extraordinaires devraient être soumises à révision par un tribunal ordinaire.

3. Le droit de saisir librement des tribunaux indépendants et impartiaux devrait être assuré aux personnes arrêtées qui allèguent que les méthodes d'interrogatoire appliquées par les autorités ou les conditions de détention ne sont pas conformes aux dispositions de l'article 3 de la Convention.

4. Il conviendrait d'instaurer un contrôle étroit de la Sûreté (Asphalia) en ce qui concerne le traitement qu'elle réserve aux personnes en état d'arrestation, en particulier par les moyens suivants:

- (i) la surveillance des méthodes d'interrogatoire par des instances supérieures;
- (ii) l'examen régulier et consigné sur registres de l'état physique et de la santé générale des détenus;
- (iii) une mesure exigeant que les membres de la famille soient immédiatement informés par la Sûreté (Asphalia) de l'arrestation ou de la détention d'une personne pour motifs politiques et qu'ils aient, à des intervalles raisonnables et réguliers, l'occasion d'aller voir le détenu;
- (iv) la garantie de conditions convenables d'hygiène et d'alimentation pour les détenus.

5. Les cellules du sous-sol du bâtiment de la Sûreté (Asphalia), rue Bouboulinas, à Athènes, ne devraient plus servir de lieux de détention dans leur état actuel.

6. Les conditions de séjour dans la prison Avéroff telles qu'elles sont décrites

au paragraphe 16, Partie VI C (Conditions de détention) du Volume II, Partie I (Page 402), devraient être améliorées et les camps de détention de Léros devraient cesser d'être utilisés.

7. Une indemnisation devrait être accordée dans les cas où il a été établi par la Commission que des tortures ou des mauvais traitements ont été infligés (paragraphe 17 (i) de l'Opinion de la Commission: Vol. II, Partie I du rapport, page 421).

8. Des enquêtes devraient être ouvertes dans les cas mentionnés au paragraphe 17 (ii) de l'Opinion de la Commission (Volume II, Partie I du rapport, page 422) et dans lesquels il n'a pas encore été établi si des tortures ou des mauvais traitements ont ou n'ont pas été infligés.

9. Les informations ou les commentaires, oraux ou écrits, de la presse ou d'ailleurs, qui critiquent le gouvernement ou le régime, ne devraient pas être soumis à des sanctions de ce seul fait.

10. Des élections libres à l'Assemblée législative nationale devraient avoir lieu dès que les conditions nécessaires pourront être remplies. Ces conditions devraient assurer «la libre expression de l'opinion du peuple» (article 3 du Premier Protocole additionnel à la Convention). Cela implique que la liberté d'association, pour la formation de partis politiques, et la liberté de réunion, pour la tenue de réunions politiques, soient promptement restaurées conformément à l'article 11 de la Convention. A cet égard, la Commission rappelle aussi sa proposition faite au point 9 ci-dessus et relative à la liberté d'expression.